



SANDRA FUNKEN MdL



Inhalt

- **Innenpolitik:**
Polizeiliche Kriminalstatistik belegt – Hessen noch sicherer
- **Schulpolitik:**
Digitalpakt, gute Nachricht für Schulen und Bildungsföderalismus
- **Finanzpolitik:**
Hessen handelt für mehr Steuergerechtigkeit
- **Kampf gegen Verfassungsfeinde:**
Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission für den hessischen Verfassungsschutz gewählt
- **Land Hessen stoppt weiteren Ausbau des Bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts mit DITIB**

POLIZEILICHE KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2018 BELEGT: **HESSEN NOCH SICHERER** SICHERHEIT HAT OBERSTE PRIORITÄT – von Alexander Bauer

Innenminister Peter Beuth hat im letzten Plenum in seiner Regierungserklärung die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) 2018 vorgestellt. Diese zeigt, dass sich die Aufklärungsquote nochmal verbessert hat und nun bei 64,2 Prozent liegt – das ist Rekord.

„Wir als CDU-Fraktion sind stolz auf die sehr erfolgreiche Arbeit, die unsere Sicherheitsbehörden täglich für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen leisten.“

Neben der deutlich gesteigerten Aufklärungsquote zeigt die PKS, dass die Kriminalitätsbelastung nochmals um rund ein Prozent gesunken ist und sich damit auf den niedrigsten Wert seit 40 Jahren befindet. Gleichzeitig konnte die Polizei noch nie so viele Straftaten aufklären wie 2018. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Erfolge

bei der Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstählen sowie bei der Straßen- und Jugendkriminalität.

In der aktuellen Legislaturperiode wollen wir weiterhin unsere hessischen Sicherheitsbehörden stärken: Rund 1.000 zusätzliche Stellen, der Ausbau der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten sowie weitere Investitionen und rechtliche Anpassungen sind vorgesehen.

Allerdings bereiten uns die gestiegenen Übergriffe auf unsere Einsatzkräfte Sorgen: Denn 13 Prozent mehr Fälle als noch 2017 sind ein trauriger Höchststand von fast 4.000 Übergriffen. Das können wir so nicht hinnehmen – wir brauchen mehr Respekt für unsere Einsatzkräfte, die zum Teil ihr Leben für uns riskieren.



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die neue Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor.

Mit diesem Format informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Hessischen Landtag. Unter anderem haben wir uns mit folgenden Themen beschäftigt:

Im zweiten Plenum der neuen Legislaturperiode wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 vorgestellt. Diese belegt, dass Hessen noch sicherer geworden ist: Mehr Polizei und eine noch höhere Aufklärungsquote sind der Beweis dafür. Auch über den im Bund beschlossenen Digitalpakt wurde debattiert. Dieser sichert Schulen fünf Milliarden Euro für Aufbau und Weiterentwicklung digitaler Infrastruktur zu. Mit unserem Setzpunkt zum Thema „Steurgerechtigkeit“ haben wir deutlich gemacht, dass wir den Kampf gegen Steuerkriminalität aktiv angehen. Schon jetzt leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, wie die erfolgreiche Arbeit der hessischen Steuerbehörden beweist.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, empfehle ich Ihnen diese interessante Lektüre weiterzulesen.

Für weitere Informationen können Sie unsere Internetseite unter www.cdu-fraktion-hessen.de besuchen sowie Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen an cdu-fraktion@ltg.hessen.de richten.

Es grüßt Sie

Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

DIGITALPAKT, GUTE NACHRICHT FÜR SCHULEN UND BILDUNGSFÖRDERALISMUS

CDU-INITIATIVE SICHERT FÜNF MILLIARDEN EURO FÜR DIGITALE INFRASTRUKTUR AN SCHULEN

Die von Ministerpräsident Volker Bouffier maßgeblich geförderte Einigung im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zur Umsetzung des Digitalpaktes zwischen Bund und Ländern ist eine gute Nachricht für die Schulen und den Bildungsföderalismus in Deutschland. Als eine der modernen Herausforderungen im Bildungswesen gilt es, Schüler vor allem ab der Sekundarstufe besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorzubereiten. Das Lernen soll daher mit Hilfe digitaler Lehr- und Lernmittel in der Schule weiter verbessert und modernisiert werden. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde deshalb, auf Initiative der CDU, ein Digitalpakt Schule verankert.

Zugleich ist es ein großer Erfolg der 16 Bundesländer: Mit der erzielten Einigung bleibt sichergestellt, dass sich die Unterstützung des Bundes für die Schulen im Wesentlichen nur auf die kommunale

Bildungsinfrastruktur bezieht. Die Entscheidungen über Bildungsinhalte bleiben auch weiterhin den einzelnen Ländern vorbehalten. Damit bleibt die bewährte und erfolgreiche Grundstruktur des Föderalismus in Deutschland weiter aufrechterhalten.

Bei aller Bedeutung der Digitalisierung ist auch darauf zu achten, dass die Ausstattung der Schulen mit elektronischen Medien kein Allheilmittel darstellt und keine zwingende Verbesserung der Lernqualität nach sich zieht. Vielmehr gilt es zunächst richtiges Lesen, Schreiben und Rechnen zu erlernen. Die digitalen Gerä-

„Insgesamt fünf Milliarden Euro stehen nun für eine starke Digital-Infrastruktur an allen Schulen und für die Qualifizierung der Lehrkräfte zur Verfügung.“

te dienen dabei als sinnvolle Unterstützung der bestehenden pädagogischen Angebote.



Michael Boddenberg,
Fraktionsvorsitzender
der CDU-Landtags-
fraktion im Hessischen
Landtag

HESSEN HANDELT FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

HESSISCHE STEUERVERWALTUNG WIRD WEITERHIN PERSONELL GESTÄRKT

Der Setzpunkt der CDU-Fraktion im letzten Plenum beschäftigte sich mit dem Thema „Steuergerechtigkeit“. Wir nehmen den Kampf gegen Steuerkriminalität aktiv an und leisten damit einen wichtigen Beitrag für mehr

„Mit uns gibt es in Hessen keinen Platz für Steuer- und Wirtschaftskriminalität“

Steuergerechtigkeit. Ein Beispiel dafür sind die sogenannten Panama-Papers: Über 280.000 Dokumente zu über 1.500 Offshore-Firmen wurden bereits ausgewertet und an Steuerbehörden im In- und Ausland weitergegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Steuerbehörden leisten dabei eine so gute Arbeit, dass diese auch die Auswertung der Paradise-Papers übernommen haben. Dies unterstreicht die hervorragende fachliche Expertise und die gute technische Ausstattung, die wir in Hessen vorweisen können.

Doch darauf ruhen wir uns nicht aus: Die hessische Steuerverwaltung wurde in den vergangenen Jahren mit vielen Neueinstellungen kon-

sequent gestärkt. Auch in der aktuellen Legislaturperiode werden in den kommenden Jahren mehrere hundert Steueranwärterinnen und Steueranwärter ausgebildet, die Zahl der Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer weiter erhöht und der Einsatz von Steuerfahnderinnen und Steuerfahndern verstärkt.

Wir reden nicht nur über Steuergerechtigkeit, sondern handeln konsequent im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in Hessen.



Lena Arnoldt, steuerpolitische Sprecherin

MITGLIEDER DER PARLAMENTARISCHEN KONTROLLKOMMISSION FÜR DEN HESSISCHEN VERFASSUNGSSCHUTZ GEWÄHLT

KAMPF GEGEN VERFASSUNGSFEINDE – von Holger Bellino, MdL

Die CDU-Fraktion hat, wenn es um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und einen wirksamen, rechtsstaatlichen Verfassungsschutz geht, eine klare Haltung:

„Fraktionen und Personen, die nicht zu 100 Prozent auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, gehören definitiv nicht in die parlamentarische Kontrollkommission des hessischen Verfassungsschutzes.“

Eine wirksame, parlamentarische Kontrolle und die sorgfältige Information der Abgeordneten der demokratischen Parteien über die Arbeit unseres Verfassungsschutzes ist unverzichtbar und ein fraktionsübergreifendes Anliegen im Hessischen Landtag. Die umfangreichen Befugnisse der Mitglieder der PKV und die Verfügbarkeit von hochsensiblen Daten für die

Mitglieder der PKV machen allerdings eine sorgfältige Auswahl notwendig. In Zukunft sind mit insgesamt sieben Mitgliedern, im Geheimschutzgremium, sowohl die Regierungsfraktionen, als auch die Opposition angemessen vertreten, bewusst wurde die Anzahl der Abge-

ordneten in der PKV im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Sicherheitsbehörden und das größer gewordene Parlaments um zwei Mitglieder vergrößert.

Die Hessische Landesregierung ist seit Jahren vorbildlich im Kampf gegen Verfassungsfeinde aller Art. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Ein effizienter

Verfassungsschutz – der auch präventiv, etwa durch Aufklärungsarbeit gemeinsam mit Schulen, Eltern und Verbänden, tätig wird – ist deshalb für uns unerlässlich. In diesem Sinne hat die CDU-geführte Landesregierung bereits in den vergangenen Jahren massiv in die hessische Sicherheitsarchitektur und die Präventionsarbeit unserer Sicherheitsbehörden investiert.

Für seine unerlässliche Arbeit im Kampf gegen Extremismus und im Sinne des Schutzes unserer demokratischen Werte haben wir den hessischen Verfassungsschutz u.a. personell deutlich gestärkt. In diesem Jahr wird das hessische Landesamt für Verfassungsschutz deswegen auf eine nie dagewesene Größe von 370 Planstellen anwachsen. Das sind 30 Prozent mehr als noch 2014 und sogar doppelt so viele Mitarbeiter, wie noch im Jahr 2000 – damit ist der hessische Verfassungsschutz für die anstehenden Herausforderungen bestmöglich ausgestattet.

LAND HESSEN STOPPT

WEITEREN AUSBAU DES BEKENNTNIS-ORIENTIERTEN ISLAMISCHEN RELIGIONS-UNTERRICHTES MIT DITIB

von Armin Schwarz, Schulpolitischer Sprecher



Für viel Diskussion sorgte die Plenardebatte rund um das Thema Islamunterricht. Genauer gesagt geht es hierbei um die Entscheidung des hessischen Kultusministeriums, den Ausbau des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichtes in Zusammenarbeit mit DITIB Hessen vorerst auszusetzen.

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in der Türkei darf nicht der Rest eines Zweifels bestehen bleiben, dass sich die personellen und strukturellen Verbindungen zwischen dem DITIB-Landesverband Hessen und der Regierung in Ankara nicht auch auf die Ausgestaltung des hiesigen Religionsunterrichtes auswirken. Zugleich muss jedoch sichergestellt werden, dass der Umgang mit DITIB auf der Grundlage eines rechtsstaatlich einwandfreien und gerichtsfesten Verfahrens erfolgt.

Das Land Hessen hatte DITIB Hessen daher eine Frist bis zum 31. Dezember 2018 gesetzt, um nachzuweisen, dass Auflagen zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Erteilung des bekenntnisorientierten

islamischen Religionsunterrichts erfüllt werden. Dazu zählten insbesondere die Gewährleistung einer Unabhängigkeit des Verbandes von der türkischen Regierung und dem als verlängerter Arm wirkenden DITIB-Dachverband in Köln sowie eine Reihe von organisatorischen Auflagen. Da DITIB diese Auflagen bisher nicht oder nur unzureichend erfüllt hat, hat das Land den Ausbau des islamischen Religionsunterrichts mit DITIB konsequenterweise gestoppt. Von der Jahrgangsstufe 7 an soll es anstelle des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichtes künftig ein alternatives Bildungsangebot unter alleiniger Verantwortung des Landes geben. Für die Klassen 1 bis 6 wird die Kooperation mit DITIB Hessen auf die bisherigen Schulstandorte beschränkt – die Ausweitung auf weitere Schulen wird gleichfalls ausgesetzt.

Noch in diesem Jahr wird das Hessische Kultusministerium zudem entscheiden, ob auch an den Schulen mit einem bereits bestehenden Angebot in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht mit DITIB beendet wird. Dies hängt davon ab, ob DITIB der aus Sicht der CDU-Fraktion als letzte Warnung zu verstehenden Aufforderung des Hessischen Kultusministeriums zur vollumfänglichen, lückenlosen und unverzüglichen Beantwortung der zahlreichen offen gebliebenen Fragen in Bezug auf die gestellten Auflagen bis spätestens 30. April 2019 nachkommt. Diese Frist an die Betroffenen zur Behebung von Missständen ist zwingende Voraussetzung für eine mögliche Beendigung der Kooperation auch an den bestehenden Schulstandorten.

„Sollten auch nach der Aufforderung an DITIB zum Nachreichen der unvollständigen Unterlagen die Auflagen nicht erfüllt sein, werden wir als Alternative zum bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit DITIB ein rein staatliches und verfassungskonformes Angebot für muslimische Kinder sicherstellen.“

ZITAT DES MONATS

„Die Sicherheit aller Besucherinnen und Besucher hat auch in Fußballstadien oberste Priorität. Gewalt, Straftaten oder die Gefährdung von Menschen haben bei hessischen Sportveranstaltungen keinen Platz.“

Alexander Bauer,
innenpolitischer Sprecher

ZAHL DES MONATS

Wir stellen

2,2 Milliarden €

Fördermittel in dieser Legislaturperiode für den Wohnungsbau bereit.

Heiko Kasseckert,
wohnungspolitischer Sprecher



IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de

Sandra Funken MdL

Wahlkreis Odenwald
Hauptstr. 59 | 64711 Erbach
Tel.: (06062) 2679497 | Fax: (06062) 2679499
Email: s.funken@ltg.hessen.de
Fotos: Privat, Scarlett Rüger, Julia Hartmann,
cdu.de, cduhessen.de